

## Naturschutz

# Ärger um die Ausgleichsflächen

Laut eine Studie kommen die Kommunen ihrer Pflicht zur Schaffung von Biotopen nur unzureichend nach

VON CHRISTIAN SEBALD

**München** - Der Umweltpolitiker Christian Magerl zählt zu den dienstältesten Landtagsabgeordneten in Bayern, der Biologe ist 1986 erstmals in das Maximilianeum in München gewählt worden. Dort sagen sie, dass man Magerl in Sachen Naturschutz längst kaum noch aus der Reserve locken kann. Es gibt aber Themen, bei denen Magerl sich immer noch schnell in Rage redet. Die Ausgleichsflächen zum Beispiel. "Das ist ein Riesenskandal", schimpft er. "Von Gesetzes wegen muss für jeden Eingriff in die Natur ein Ausgleich her. Aber offenbar interessiert das bis in die Staatsregierung hinauf keinen. Bis zur Hälfte der Ausgleichsflächen sind in mehr oder weniger schlechtem Zustand, ein weiteres Viertel ist womöglich gar nicht vorhanden ist. Das geht so nicht, das ist massiver Gesetzesbruch." Magerls Forderung, die die Grünen jetzt per Dringlichkeitsantrag in den Landtag eingebracht haben: "Die Defizite müssen schleunigst behoben werden." Der erste Schritt soll eine landesweite Analyse der Ausgleichsflächen sein.

Es ist eine komplizierte Sache mit den Ausgleichsflächen. Nach dem Naturschutzgesetz werden sie für einen jeden Eingriff in die Landschaft fällig. Gleich ob ein neues Wohn- oder Gewerbegebiet errichtet wird, eine neue Straße oder eine Stromleitung: Für die Landschaft, die dabei geopfert wird, muss Ersatz geschaffen werden - indem anderswo ein Magerrasen angelegt, eine Hecke gepflanzt, ein Krötentümpel ausgehoben oder ein Moor renaturiert wird. Der Gedanke dahinter: Trotz der Bauwut im Land sollen

Natur und Landschaft und damit die heimische Tier- und Pflanzenwelt einigermaßen intakt bleiben.

Denn der Flächenfraß liegt auf Rekordniveau. Derzeit beträgt er knapp zehn Hektar am Tag, das entspricht einer Fläche von 14 Fußballfeldern. Aufs Jahr gesehen geht so freie Landschaft in einer Größenordnung der oberbayerischen Stadt Rosenheim verloren. Natürlich müssen längst nicht in der gleichen Größenordnung Ausgleichsflächen eingerichtet werden. Experten zufolge hat sich im Laufe der Zeit der Faktor 0,3 herauskristallisiert. Das heißt: Für die zehn Hektar freie Landschaft, die täglich bebaut werden, fallen drei Hektar Ausgleichsflächen an.

Natürlich steht das Ausgleichssystem seit jeher in der Kritik. Planern, Behörden und Gemeinden ist der Aufwand viel zu hoch. Denn die Ausgleichsflächen müssen ja nicht nur beschafft und hergerichtet werden. Sie müssen auch betreut werden. Sonst stellt sich der ökologische Effekt nicht ein, den sich die Naturschützer von ihnen erwarten. All das kostet Geld und Personal. "Und das investieren viele Bürgermeister lieber anderswo", sagt Magerl. Die Bauern wiederum stören sich daran, dass sie bisweilen wertvolles Acker- oder Weideland für den Naturschutz abgeben sollen. Die Unteren Naturschutzbehörden an den Landratsämtern, die eigentlich die Ausgleichsflächen kontrollieren sollten, beklagen, dass sie vor lauter Personalnot dazu nicht kommen. Und die Naturschützer halten das Ausgleichssystem für viel zu lasch. Sie haben schon lange den Verdacht, dass keiner so richtig nachvollziehen kann, was aus den ganzen Ausgleichsflächen wird, die sich im Lauf der Zeit ansammeln.

Nun steht zumindest für den oberbayerischen Landkreis Ebersberg fest, dass es noch viel schlechter um den ökologischen Ausgleich steht, als selbst Experten wie Magerl bisher angenommen haben. Das Landesamt für Umwelt hat in einer Pilotstudie den Zustand von hundert Ausgleichsflächen dort erfasst und bewertet. Das Ergebnis: Nur 20 Prozent erfüllten alle Anforderungen. Auf 26 Prozent hingegen "war keine Umsetzung der Maßnahmen erkennbar", wie es in der Studie heißt. Das bedeutet, dass die

Bauherren oder Kommunen entgegen den gesetzlichen Vorgaben nichts getan haben, um die Flächen aufzuwerten. 24 Prozent der Ausgleichsflächen wiesen größere Mängel auf, 29 Prozent geringere Mängel. "Das kann es nicht sein, dass nur jede fünfte Ausgleichsfläche ihren Sinn und Zweck erfüllt", schimpft Magerl. "Da braucht sich keiner über den dramatischen Artenschwund zu wundern."

Der Bund Naturschutz (BN) kommt in eigenen Analysen zu ähnlich dramatischen Ergebnissen. Seit 2001 hätten laut BN allein für neue Wohngebiete bayernweit 16 300 Hektar Ausgleichsflächen eingerichtet werden müssen, für neue Gewerbegebiete noch einmal 6100 Hektar. "Davon sind aber wenigstens 6500 Hektar Ausgleichsfläche nicht umgesetzt worden", sagt der BN-Landesbeauftragte Richard Mergner. Das entspricht einer Größenordnung von knapp 30 Prozent. Einen Negativrekord dürfte eine Kommune im Münchner Umland halten, in der laut BN nur zwei von eigentlich zwölf geforderten Ausgleichsflächen vorhanden sind.

Süddeutsche Zeitung